

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	7/2023
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	27.06.2023
Zeit:	19:00 Uhr – 22:01 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeisterstellvertreter Rehberger
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter (ab 19:45 Uhr); Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz</p> <p><u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtin Oppelt Stadträte Bernauer und Schendzielorz</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel (bis 21:11 Uhr), Stadträte Bergsträsser, Hertel und Hornung</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p> <p><u>Ortsvorsteher</u> Ortsvorsteher Erles</p>
weiter anwesend:	
Mitglieder entschuldigt:	Bürgermeister Frank Volk; Stadträtin Weichert; Stadträte Schimpf und Wagner
Urkundspersonen:	Stadträtin Linier und Stadtrat Schendzielorz
Sachvortrag:	Frau Polte (TOP 9), Herr Weiher (TOP 3), Herr Feßenbecker (TOP 7), Herr Horvath (TOP 7 & 9)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeisterstellvertreter Rehberger eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr mit dem Gedenken an die kürzlich verstorbene Stadträtin Anne von Reumont:

„Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich im Gedenken an unsere Kollegin Anne von Reumont von Ihren Plätzen zu erheben.

Mit Bestürzung und großer Trauer haben Bürgermeister Frank Volk und ich vom Tod unserer geschätzten Kollegin Anne von Reumont erfahren.

Anne war seit fast 20 Jahren Ortschaftsrätin ihrer Heimatgemeinde Waldhilsbach und davon sechs Jahre Ortsvorsteherin und vier weitere Jahre stellvertretende Ortsvorsteherin. Seit 2005 gehörte sie dem Stadtrat von Neckargemünd an und bekleidete auch das Amt als 3. Bürgermeisterstellvertreterin und war Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion. Ihr Wort hatte Gewicht und ihre Beiträge waren fundiert.

Sie hat sich in all den Jahren über die Maße hinaus für ihr Waldhilsbach eingesetzt, ohne aber die gesamtstädtischen Interessen aus den Augen zu verlieren.

Durch ihr langjähriges kommunalpolitisches Engagement hat sie sich bleibende Verdienste erworben. Dafür gilt ihr unser Dank und unsere Anerkennung.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.“

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeisterstellvertreter Rehberger verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann 2 Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Frau Kappes fragt, ob die Stadt in der Hirschgasse, wo rechts und links an der Straße geparkt werde, Parkplätze für Anlieger oder Behindertenparkplätze einrichten könne.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger antwortet, Behindertenparkplätze dieser Art würden nicht pauschal, sondern einzelfallbezogen eingerichtet - dafür müsse ein Behindertenausweis vorliegen. Er werde den Hinweis an das Ordnungsamt weitergeben, das sich die Situation ansehen solle.

Frau Schoenkaes und Frau Günzel, Eltern von Hortkindern, fragen nach dem Sachstand der außerschulischen Betreuung insbesondere hinsichtlich der bisher im Grundbuchamt untergebrachten, zur Schließung vorgesehenen Gruppe.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger teilt mit, Bürgermeister Volk habe schon in letzter Sitzung gesagt, dass man das prüfen werde. Zwischenzeitlich habe man Räumlichkeiten angeschaut und sei zuversichtlich, zum Schuljahresbeginn die Igelgruppe unterbringen zu können.

Frau Günzel fragt weiterhin nach der Kernzeitbetreuung. Sie stehe auf Platz 18 der Warteliste und ist der Meinung, man müsse doch jetzt schon wissen, ob man einen Platz bekomme.

Frau Schoenkaes verweist auf die Dringlichkeit für die Eltern.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger sagt, er wisse, dass Nachfrageüberhang bestehe, und das Betreuungsangebot solle erweitert werden. Ein Problem seien passende Räume, das andere ausreichend Personal mit den entsprechenden Qualifikationen zu finden. Man arbeite täglich daran, die Betreuung zu sichern.

Frau Schoenkaes schlägt vor, die Plätze im Hort flexibler zu vergeben und so auch Plätze zu teilen, da manche Kinder nicht jeden Tag in der Woche kommen würden. Sie brauche zum Beispiel morgens keine Betreuung, sondern nur nachmittags. Morgens könne da ein anderes Kind kommen.

Frau Günzel meint, unter Geschwisterkindern könnten nicht genutzte Stunden aufgeteilt werden.

Herr Weiher sagt zu, das zu prüfen.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger findet die Idee gut.

Herr Treibel, ein ehemaliger Neckargemünder Bürger, kritisiert Verwaltung und Gemeinderat scharf zum Thema Windpark. Nach mehrfacher Aufforderung des Bürgermeisterstellvertreters Rehberger nur seine Fragen zu stellen und dem Hinweis, dass die Bürgerfragestunde nicht für längere Redebeiträge gedacht sei, stellt er drei Fragen zum geplanten Windpark Lammerskopf. Er wolle wissen, wie man den Sinneswandel hinsichtlich dem Schutz seltener Vögel erkläre. Weiterhin fragt er nach den Kosten des Rückbaus und der Betonfundamente und wer diese trage. Er wolle außerdem wissen, warum man diesen Windpark durchsetzen wolle, obwohl es ein eher windschwaches Gebiet sei. Und ob der Stadtverwaltung diese Fakten überhaupt bekannt seien.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger bittet diese komplexe Fragen ihm per E-Mail zukommen zu lassen, damit er sie dann beantworten könne. Außerdem verweist er nochmals darauf, dass es sich um eine Fragestunde handle.

Die Bürgerfragestunde ist 19:18 Uhr zu Ende.

Vor Eintritt in die Sitzung nimmt Bürgermeisterstellvertreter Rehberger den Tagesordnungspunkt 6 von der Agenda. Dies werde erst zur nächsten Sitzung behandelt.

1.1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 6/2023 vom 23.05.2023**

1.2: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.3: **Beratung:**
Stadtrat Katzenstein hat eine redaktionelle Anmerkung auf Seite 5.

1.4: **Beschluss:**
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Einarbeitung der Änderungsvorschläge aus dem Gremium wird zugesagt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 23.05.2023 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Vorschlag der Auswahlkommission zur Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Realschule Neckargemünd einstimmig bei zwei Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Stellungnahme an das Regierungspräsidium Karlsruhe abzugeben.

Der Gemeinderat weist einstimmig den bevollmächtigten Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Neckargemünd GmbH an, den Beschlüssen zum Jahresabschluss (Top 1), wie vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 10.05.2023 vorgeschlagen, zuzustimmen.

Die Verwaltung wird mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen beauftragt, das ihr zustehende Vorkaufsrecht gem. §24 BauGB auszuüben und somit den hälftigen Miteigentumsanteil am Grundstück Flst. Nr. 3715 Gemarkung Neckargemünd zum zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Kaufpreis zu erwerben. Die hierfür überplanmäßigen Mittel werden genehmigt.

Der Gemeinderat lehnt einstimmig den Kauf der Grundstücke mit den Flst. Nrn. 473 und 473/1, Gemarkung Dilsberg, im Jahr 2023 zum aufgerufenen Preis ab.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen, die Stelle Fachbereichsleitung Fachbereich 4 Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit dem Bewerber Herrn Jonas Schmied zu besetzen.

Stadträtin Striegel verlässt wegen Befangenheit den Sitzungsbereich und nimmt im Zuschauerbereich platz.

3: **Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2023/2024**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung sowie eine Präsentation sind dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger verweist auf die Vorberatung im Hauptausschuss und empfiehlt zuzustimmen.

Herr Weiher präsentiert die Bedarfsplanung und stellt die Entwicklung dar. Einwohnermeldedaten, Rückmeldungen der Kita-Leitungen und allgemeine Trends in Deutschland würden für die Bedarfsplanung berücksichtigt. Die reine Geburtenzahl sei leicht rückläufig in den letzten 10 Jahren. Man komme rechnerisch in Überhang für das nächste Jahr.

3.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser lobt die Vorlage. Es handle sich um eine tolle Lektüre, wo man wirklich was dazu lerne. Dem Bedarfsplan werde die Fraktion zustimmen mit der Prämisse, sich nach neuen Betreibern umsehen, wenn es die Stadt nicht schaffe. Die Stadt solle wirklich in Richtung Ganztagsbetreuung gehen.

Stadtrat Dr. Rothe dankt für die Freien Wähler für die umfangreiche Darstellung. Das vielfältige Angebot von städtischen, kirchlichen und privaten Trägern sei wichtig für ein vielfältiges Angebot, bei dem alle Eltern das Passende finden könnten. Man freue sich auf neue Träger und werde der Aufnahme dieser zustimmen.

Stadtrat Bernauer spricht für die CDU und dankt für die perfekte Ausarbeitung. Es werde deutlich, dass man auf sprunghafte Entwicklungen reagieren müsse. Man habe zum Glück frühzeitig begonnen, die Betreuung auszubauen, und stehe noch relativ gut im Bundesschnitt da. Man werde zustimmen.

Stadtrat Hertel dankt für die sehr gute Vorlage und meint, das Thema sei durch die Veränderungen sehr schwierig. Immer wieder würden neu Dinge dazukommen. In den eigenen Einrichtungen müsse man die Hausaufgaben machen. Es sei gut, so viele Betreiber mit verschiedenen Konzepten zu haben, damit die Eltern wählen könnten. Man werde der Planung zustimmen.

Auch Stadtrat La Licata dankt für die Ausarbeitung.

Stadtrat Fritsch trägt vor, er habe mitbekommen, wie dringend Eltern die Betreuung brauchen. Für die Kinder müsse man gute Arbeit leisten und berufstätige Eltern unterstützen. Er werde zustimmen.

Stadtrat Schmitz stimmt ebenso zu und möchte warnen, dass dies lediglich ein Schlaglicht der aktuellen Situation sei. Das Angebot sei gut, aber man habe zwei Einrichtungen, die nicht dem Standard entsprechen. Man müsse das Angebot aufrechterhalten.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger erklärt, Herr Weiher arbeite daran und man sei im regen Austausch. Um die Probleme wisse man.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nimmt die vorliegende Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2023/2024 zur Kenntnis.

Er beschließt einstimmig, die Aufnahme der in der beiliegenden Berechnung aufgeführten Einrichtungen aus Neckargemünd und seinen Ortsteilen in die kommunale Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2023/2024.

Stadträtin Striegel nimmt wieder im Sitzungsbereich platz.

Stadtrat Bergsträsser stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Über die Tagesordnungspunkte 4, 5 und 8 soll ohne Aussprache abgestimmt werden, da die Argumente bereits klar seien und die TOPs im Hauptausschuss vorberaten.

Stadtrat Katzenstein bittet in seiner Gegenrede, dies abzulehnen. Nicht nur die Fraktion der Grünen habe einige Fragen, die sie stellen wollen und Aspekte, die man besprechen wolle. Es gehöre auch aus Anstand dazu, dass man sich austausche. Der

Antrag müsse abgelehnt werden und alle die Möglichkeit bekommen, ein Statement abzugeben.

Der Antrag auf Abstimmung ohne vorherige Beratung für die Tagesordnungspunkte 4,5 und 8 wird mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

4: **Änderung der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen – Beschluss über die neuen Gebührensätze zum Kindergartenjahr 2023/2024**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Weiher zeigt redaktionelle Änderungen, die noch vorgenommen wurden.

4.2: **Beratung:**

Die Abstimmung erfolgte ohne Beratung.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat lehnt mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen den beiliegenden Satzungsentwurf der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen mit den angepassten Gebührensätzen und die Gebührenstaffelung nach dem „Neckargemünder Modell“ ab.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger weist die Ratsmitglieder darauf hin, dass der Bürgermeister die Möglichkeit habe, diesem Beschluss zu widersprechen.

5: **Änderung der Entgeltordnung für die Angebote der außerschulischen Betreuung – Beschluss über die neuen Entgeltsätze zum Schuljahr 2023/2024**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2: **Beratung:**

Die Abstimmung erfolgte ohne Beratung.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat lehnt den beiliegenden Entwurf der Entgeltordnung für die außerschulische Betreuung mit den angepassten Entgeltsätzen, Fortsetzung der Anwendung der Gebührenstaffelung nach dem „Neckargemünder Modell“, und Abrechnung der Ferienbetreuung in den Sommerferien 2023 noch komplett nach den alten Entgelten, mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen ab.

Stadtrat Katzenstein gibt direkt im Anschluss eine persönliche Erklärung ab: „*Ich persönlich habe bei den beiden vorhergehenden TOPs nicht zugestimmt. Nicht, weil*

ich nicht sehe, dass ein Bedarf da ist, die Gebühren zu erhöhen, sondern weil ich das Modell nicht für sozial gerecht halte und mir eine Staffelung der Gebühren für Kita und Hort nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Eltern wünsche. Die Fraktion der Grünen teilt diese Ansicht.“

Stadtrat Schmitz gibt ebenfalls eine persönliche Erklärung ab: „*Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben zu meinem Abstimmungsverhalten. Dieses Verhalten ist begründet in der meines Erachtens unzulässigen Beschneidung des Rederechts zu den TOPs, und nur darin.“*

Stadtrat Dr. Rothe hätte gerne gewusst, um welchen Betrag es gerade geht.

Stadtrat Katzenstein entgegnet, der Antrag sei durch und man könne nicht diskutieren.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger bestätigt dies.

Stadtrat Fritsch gibt auch eine persönliche Erklärung zu Protokoll: „*Da ich fraktionslos bin, möchte ich auch eine persönliche Erklärung abgeben. Ich habe es sehr schwer als einzelner Stadtrat, mich zu behaupten, und bin enttäuscht von der Abstimmung.“*

6: **Terrassen-Schwimmbad: Beauftragung der Teilerneuerung der Folie im Naturbecken (Tischvorlage, sofern möglich Vorab-Versand in digitaler Form)**

Der Tagesordnungspunkt 6 wurde vor Eintritt in die Sitzung vertagt.

7: **Beauftragung der Planungsleistung für die energetische Ertüchtigung des Terrassen-Schwimmbads**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Immobilienmanagement ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Feßenbecker berichtet, man habe die Planungsleistungen und nun einen Planer, dem man das geben würden. Dieser habe die notwendigen Referenzen und sei im kommunalen Bauen bewandert.

7.2: **Beratung:**

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger bittet Herrn Feßenbecker die Phasen genauer zu erklären. Es sei wichtig zu wissen, auf welche Leistungen sich die Summe beziehe. Herr Feßenbecker stellt die einzelnen Planungsphasen nach der HOAI vor. Ein Ingenieur koste ca. 1000€ am Tag.

Stadtrat Konrad dankt im Namen der Fraktion für die Ausführung. Grundsätzlich halte man es für sinnvoll und es werde sich lohnen. Die veranschlagten 203.211,68 € deuteten auf eine hohe Kostenschätzung hin und er wolle die Gesamtsumme wissen.

Herr Feßenbecker sagt, man gehe von 1,5 Mio. € plus die Honorarkosten aus.

Stadtrat Konrad meint, die HOAI sei wohl nicht mehr erforderlich.

Herr Feßenbecker erklärt, man könne frei einen Werksvertrag machen, greife jedoch lieber auf Bewährtes zurück. Das ungültig Machen der Mindestsätze mache nicht den Rest ungültig. HOAI und VOB seien in sich schlüssige und komplett rechtlich geprüfte Gesamtwerte. Ein Vertrag in Anlehnung an die HOAI erspare die umfassende anwaltliche Prüfung, die bei einem Werkvertrag nötig wäre.

Stadträtin Groesser fragt, in wie fern das Nahwärmenetz in Kleingemünd eine Rolle spiele.

Herr Feßenbecker antwortet, dies werde Phase 1 und 2 betrachtet.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger verweist auf die Wichtigkeit der Prüfung, die für den Gemeinderat sehr wichtig sei.

Ortsvorsteher Erles meint, die Kostenschätzung müsse höher liegen, wenn er sich die genannten Zahlen anschau. An Anbetracht der begrenzten Ressourcen in der Verwaltung empfiehlt er die HOAI-Phase 9 zu beauftragen. Man würde so auch die Haftung an das Büro weitergeben und könne Schadenersatz fordern, wenn etwas nicht passen sollte.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger hält dies für einen sehr guten Gedanken. Man könne es noch aufnehmen. Eventuell müsse dann mehr Geld vom Gremium genehmigt werden.

Stadtrat Bernauer sagt, die Fraktion sei froh, dass man einen Partner gefunden habe und fragt, ob die Leistungsphase 8 ausreichend ausgeschrieben sei und es eine Preisbindung für die nächsten Phasen gebe. In der Vergangenheit hätte man Probleme bei der Bauüberwachung gehabt. Die Phase 9 wolle man ebenso im

Herr Horvath erklärt, das Angebot sei verbindlich in der Gesamtsumme, man beauftrage alles und rufen erst mal nur die Phasen 1 und 2 ab. Hinsichtlich Mängel und Gewährleistung werde die Phase 9 zu selten beauftragt und leider nicht sauber überwacht. Zu Phase 8 habe man sich die Referenzen genau angesehen und sehe diese in guten Händen.

Stadträtin Groesser fragt nach der Prüfung einer ausreichenden Haftpflicht-versicherung.

Herr Horvath antwortet, dies werde natürlich mit den geforderten Referenzen auch hinsichtlich der Höhe abgefragt.

Herr Feßenbecker ergänzt, der angesetzte Rahmen sei eine Schätzung über 1.25341,47 Euro.

Stadtrat Rothe fragt, ob darin auch Phase 9 bei den genannten 203.211,68 € enthalten sei.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger sagt zu, dies im Beschluss zu ergänzen.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Beauftragung der Planungsleistung für die energetische Ertüchtigung des Terrassen-Schwimmbades an die Planwerk400 GmbH zum Preis von 203.211,68 Euro. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Leistungsphasen 1 und 2 inkl. Anteiliger Nebenkosten mit einer Summe von 27.150,35 Euro abzurufen. Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt die Leistungsphase 9 mit einzukaufen.

8: **Abgabe der Neckargemünder Grundbuchunterlagen aus den Jahren vor 1900 an das Grundbuchzentralarchiv in Kornwestheim**

- 8.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 5 - Immobilienmanagement ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 8.2: **Beratung:**
Die Abstimmung erfolgte ohne Beratung.
- 8.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Grundbuchunterlagen der Neckargemünder Gemarkungen Neckargemünd, Kleingemünd, Dilsberg, Mückenloch und Waldhilsbach aus der Zeit vor 1900 an das Grundbuchzentralarchiv Baden-Württemberg in Kornwestheim abzugeben.
- 9: **Überprüfung und Änderung der Hauptsatzung:**
1. Überprüfung der über die Unechte Teilortswahl zugewiesenen Gemeinderatssitze pro Wohnbezirk und Beschluss zur Umsetzung des Prüfungsergebnisses
2. Redaktionelle Änderungen
- 9.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 9.2: **Beratung:**

Ortsvorsteher Erles stellt die bereits schriftlich eingereichte Stellungnahme für die Öffentlichkeit kurz vor. Es müssten vielmehr die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Daher könne die Anzahl der Sitze für Dilsberg nicht zugunsten der Kernstadt reduziert werden. Außerdem nennt er die hohe Anzahl der Überhangmandate für die Kernstadt als Grund.
Bürgermeisterstellvertreter Rehberger dankt für die Zusammenfassung.
Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser berichtet, der Ortschaftsrat Mückenloch habe in seiner letzten Sitzung die zu überprüfende Sitzverteilung diskutiert und sei zum Ergebnis gekommen, die derzeitige Sitzverteilung beizubehalten. Die Regelung entspringe den Eingemeindungsverträgen. Bei einer Veränderung der Sitzverteilung wäre die Kernstadt überrepräsentiert und bei einem Bau von Kleingemünd 2 müsse irgendwann ganz sicher ein Sitz aus Mückenloch abgegeben werden. Daher will der Ortschaftsrat dies nicht zulassen. Das Hager Feld solle ausgebaut werden, damit auch Mückenloch wachse und seine Sitze erhalten könne.
Stadträtin und Ortsvorsteherin Linier sagt, der Ortschaftsrat Waldhilsbach habe sich einstimmig gegen die Reduzierung ausgesprochen. Er möchte an der jetzigen Regelung festhalten. Der Ortschaftsrat habe insgesamt den Eindruck, dass das Dasein in den Ortsteilen nicht so gewährleistet werde. Der Ausbau erfolge nur in der Kernstadt, nicht in den Ortsteilen, mit dem Zuzug könnten bald die Gemeinderäte aus den Ortsteilen wegfallen, Belange der Ortsteile gerieten immer mehr aus dem Fokus. Die Kernstadt habe ohnehin die Mehrheit bei den Mandaten. Weiterhin möchte sie noch eine persönliche Anmerkung machen: Der Verweis des Dilsberger

Ortschaftsrates auf ein „intensiveres Vereinsleben“, wie es die RNZ geschrieben habe, sei aus ihrer Sicht schlechter Stil. Sie würde sich nie anmaßen das Vereinsleben so zu beurteilen. Es hätte ausgereicht zu sagen, dass der Ortsteil ein intensives Vereinsleben haben. Solche Äußerungen seien nicht förderlich. Gerade im Sinne des Zusammenwachsens halte sie die Änderung der Mandate nicht für förderlich. Man sollte Gräben und Vorurteile reduzieren. Sie bittet außerdem im Namen des Ortschaftsrates um Darlegung, wie die fünf Überhangmandate zustande kämen.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger erklärt, die Erklärung zu den Überhangmandaten komme schriftlich. Er müsse in einigen genannten Punkten widersprechen, denn im Haushalt würden jedes Jahr Gelder für die Ortsteile eingestellt. Es werde immer wieder etwas für die Ortsteile getan. Er könne sich an seine Anfangszeit erinnern, in der sehr viel Geld in die Ortsteile geflossen sei und einige Rätinnen und Räte der Kernstadt sich gefragt hätten, wann die Kernstadt dran sei.

Stadträtin Linier entgegnet, dann gelte ihre Kritik nur für Waldhilsbach.

Stadtrat Katzenstein geht für die Fraktion auf drei Aspekte ein. In der Vorlage gehe es um Neckargemünd und die Ortsteile. Da werde schon wieder unterschieden und man bitte darum, von der Kernstadt und den Ortsteilen zu sprechen, da man zusammen Neckargemünd sei. Die Vorlage der Verwaltung sei auf den ersten Blick überzeugend. Demnach wäre die Bevölkerung der Kernstadt seit Jahren benachteiligt und es gebe Regelungsbedarf. Wie Ortsvorsteher Erles sagte, sei dies arg einseitig, da man den Fokus nur auf die Bevölkerungszahlen lege. Örtliche Verhältnisse würden ungenügend behandelt. Dabei handle es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff und er finde sich nicht zureichend informiert. Er fragt, wie stichhaltig die Stichworte aus Dilsberg seien, ob es dazu Gerichtsurteile gebe und was sich der Gesetzgeber unter „örtlichen Gegebenheiten“ vorstelle. Es fehle etwas, um die Entscheidung zu treffen. Weiterhin stelle sich die Frage, wie die Realität aussehe und wie benachteiligt die Kernstadt in der Praxis sei. Die Ausgleichsmandate seien jedenfalls immer für die Kernstadt. Die Grünen sehen daher keinen Regelungsbedarf und möchten sich dafür aussprechen, die Sitzverteilung zu belassen. Nach §25 gebe es noch die Möglichkeit die Gesamtzahl der Sitze zu ändern. Dies müsste noch beraten werden.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger berichtet, die Verwaltung hat die verschiedenen Optionen auch hinsichtlich der Gesamtzahl an Sitzen mit 18 oder 21 durchgerechnet. Die vorgestellte Option sei die beste.

Stadtrat Bernauer spricht für die CDU. Ortsteile könnten kaum wachsen und man wolle keine Benachteiligung der Ortsteile. Auch werde man sich nicht gegen ein Votum der Ortschaftsräte stellen. Wie von Stadtrat Katzenstein vorgeschlagen, sollte über eine andere Sitzzahl beraten werden.

Stadträtin Striegel verlässt 21:11 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Hertel sagt, die Sache sei deutlich komplizierter und man solle alles, was entschieden werde, danach rechtlich prüfen. Wenn man auf 3 Sitze für Dilsberg runtergehe, dann werde Dilsberg der Verlierer sein. Man habe immer Ausgleichsmandate für die Kernstadt. Er fragt, ob man Wahlzettel-Gerechtigkeit wolle oder im Ergebnis. Die gerechteste Aufteilung sehe man bei 25 Sitzen im Gemeinderat, bei 27 rutsche es in Richtung Kernstadt, die 67% haben sollte. Die

Ortsteile Mückenloch und Waldhilsbach wären dann zu wenig vertreten. Er wolle eine Regelung, die dem Gremium dann nicht um die Ohren fliege und eine rechtliche Prüfung. Die zweiten Bewerber der Parteien in den Ortsteilen hätten immer so wenig stimmen, dass sie gegen eine 5. oder 6. Position der Kernstadt keine Chance. Die SPD würde es so lassen.

Stadtrat Wachert erklärt, für die Freien Wähler stehe außer Frage, dass die rechtliche Sicherheit gegeben sein müsse. Wenn ein Belassen nicht rechtssicher sei, dann sei man für eine Änderung der Satzung wie vorgeschlagen. Ihnen gefalle die Idee, die unechte Teilortswahl ganz abzuschaffen, was wohl bei allen Ortschaftsräten nicht ganz abgelehnt werde. Man tendiere dazu, es so zu belassen.

Stadtrat La Licata habe sich das Urteil angeschaut. Darin gehe es um ein Abwägen der örtlichen Verhältnisse und Zahlenverhältnisse. Dies mache man in dieser Diskussion und der Anhörung der Ortschaftsräte. In Tauberbischofsheim sei ein Ortsteil extrem überrepräsentiert gewesen. Er spricht sich für Belassen aus.

Stadtrat Fritsch sieht in den lebenswerten Ortsteilen ein Aushängeschild für Neckargemünd und die Region. Man sei eine Familie und seit der Eingemeindung gut miteinander ausgekommen. So wie jetzt, sei es in Ordnung.

Ortsvorsteher Erles erklärt, dass in der Diskussion im Ortschaftsrat das intensive Vereinsleben erwähnt worden sei, aber nicht in der aus der RNZ zitierten Art als Vergleich. Er habe da den Wortlaut nicht im Kopf und es tue ihm leid.

Stadtrat Schmitz möchte klarstellen, dass bei der Vorstellung in der letzten Sitzung kein Beschluss gefasst worden sei, auch wenn es sich eingangs anders angehört habe. Stadtrat La Licata habe es angesprochen und auch er frage nach dem Sinn der fest zugeschriebenen Sitze. Dies sei doch der Schutz der Interessen der kleinen Ortsteile gegenüber der Kernstadt. Die Äußerung der Verwaltung, das System würde uns ohne Änderung um die Ohren fliegen, könne er nicht nachvollziehen. Er fragt, wer sich den beschweren solle.

Von mehreren Stadträten kommt der Einwurf, es würde doch geklagt werden.

Stadtrat Schmitz findet, die Ortsteile wären doch wesentlich stärker unterrepräsentiert. Von daher sehe er diese Gefahr nicht. Dem Auftrag sei man nachgekommen und treffe die Abwägungen. Man sei auch frei, eine Entscheidung zu treffen, die nicht bis aufs letzte Komma der Bevölkerungszahl entspreche.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger gibt ihm recht. Wenn der Gemeinderat zum Schluss käme, man belasse es so, dann wäre es in Ordnung. Man habe die Sitzverteilung dann geprüft.

Stadtrat Schmitz erzählt, als er neu im Gremium war – laut Bürgermeisterstellvertreter Rehberger 1989 – habe er nicht verstanden, warum man das mache. Es sei immer mit den Eingemeindungsverträgen erklärt wurden. Aus seiner Sicht solle man daran festhalten. Wenn man sich die Stimmzahlen der Bewerber von Ortsteilen und Kernstadt ansehe, dann hätten nur die aus den Ortsteilen eine Chance, die viel in der Kernstadt wären. Würde man das aufheben und es nur nach Mehrzahl gehe, dann bestehe die große Gefahr, dass Ortsteile nicht mehr repräsentiert seien.

Stadtrat Wachert meint in Neckargemünd habe man mit einem Anwalt, der gerne die Stadt mit Klagen überziehe, eine andere Situation. Rechtssicherheit sei daher sehr wichtig.

Stadtrat La Licata möchte zu den Äußerungen von Stadtrat Schmitz etwas anmerken. Es gehe bei der unechten Teilortswahl um den Ausgleich zwischen den allgemeinen Wahlgrundsätzen und um die schützenswerten Interessen der Ortsteile. Es gehe nicht darum, ob jemand klagen könne. Man könne im Verfahren darlegen, dass die Debatte stattgefunden habe.

Stadträtin Linier ermahnt Stadtrat Wachert keine Tipps zu geben.

Stadtrat Fritsch bezieht noch die Berücksichtigung von Kleingemünd als Ortsteil ein.

Stadträtin Schlüchtermann würde gerne auf softere Kriterien eingehen wollen. Dies sollte der Öffentlichkeit zugänglicher sein.

Frau Polte erklärt, diese Kriterien der örtlichen Verhältnisse seien im Gerichtsurteil angerissen. Dazu zählten Infrastruktur, die Bevölkerungszahl, das Angebot vor Ort oder die Wahrnehmung. Das seien Kriterien, die man einbeziehen könne. Die Aufgabe des Gremiums sei es, zu entscheiden, was man einbeziehen wolle und als wichtig erachte. An sich sei es ein wachsender Begriff. Wichtig sei, dass man die Diskussion habe. Wenn das Gremium meine, es solle so bleiben, dann wäre es in Ordnung. Weiterhin zeigt sie noch die Berechnungen bei unterschiedlichen Sitzen im Gemeinderat.

Stadtrat Hertel stelle sich die Gerichtsverhandlung vor. Die Zahlen seien alle theoretisch und könnten gar nicht am Ende rauskommen. Dieser Idealfall sei unrealistisch, weil man immer Überhangmandate habe. Er habe kein schlechtes Gewissen, weil am Ende mit den Überhangmandaten auf eine gute Basis komme.

Stadtrat Katzenstein meint, man habe noch Zeit für diese Entscheidung.

Frau Polte entgegnet, dies müsse geschehen, bevor Parteien Kandidaten aufstellen.

Stadtrat Katzenstein sagt, dann könne man eventuell noch vertagen. Bisher habe man sich kaum über sonstige Verhältnisse ausgetauscht, Dilsberg habe schon Sachen, die man sonst nirgends in der Stadt habe, wie Feste und die Jugendherberge. Dilsberg würde sich da deutlich abheben. Es sei zwar ein weiches Kriterium, doch durchaus ein Argument.

Stadtrat Bergsträsser schließt sich Stadtrat Hertel an.

Stadtrat Hornung dankt Stadtrat Katzenstein für den Hinweis auf die weichen Kriterien, die auch benannt werden sollten. Dilsberg an sich bestehe ja auch aus verschiedenen Ortsteilen. Wolle man diese repräsentieren, seien 3 Sitze nicht ausreichend.

Stadtrat Rothe fragt bezüglich der weichen und harten Argumente, ob man eine Gewichtung vornehmen müsse.

Stadtrat Katzenstein antwortet, harte Argumente seien die Zahlen, über das andere könne man diskutieren.

Stadtrat Wachert sagt, er meint die Wertung der Faktoren.

Stadtrat La Licata erklärt, die Wertung müsse der Gemeinderat vornehmen.

Herr Horvath berichtet von den letzten Wahlen. Man habe die verschiedenen Varianten auch mit den realen Zahlen der letzten Jahre durchgerechnet. Die 23er Variante würde mit den Zahlen von 2019 zum kleinsten Gemeinderat führen. Mit einem 22er Gemeinderat würde man auf 27 oder 28 Sitze mit Ausgleichsmandaten

nur aus der Kernstadt kommen. Er sehe eine Gefahr, wenn man die Verteilung belasse. Die vorgestellte Variante sei die rechnerisch beste Variante.

Stadtrat Hornung sieht in der Gewichtung der Faktoren die Aufgabe des Gremiums. Man müsse diese daher definieren.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger hält bewerten für den besseren Ausdruck Stadtrat La Licata bringt die Begriffe „Ermessen“ und „Ermessensfehler“ ein. Ermessen müsse man ausüben, indem man alle Elemente abwägt diskutiert und am Ende entscheidet. Das Urteil spreche im Übrigen von „grob unverhältnismäßig“.

Laut Stadtrat Katzenstein sei man daher auf der sicheren Seite.

Stadtrat Hertel bringt noch eine neue Idee ein: Ob man nicht mit einem Sitz mehr die Überhangsmandate abbauen könne.

Herr Horvath gibt zu bedenken, dass dies nur bei 4 Fraktionen funktioniere.

Stadtrat Katzenstein bezeichnet die Unterschiedlichen Varianten und den zu erwartenden Ausgleichsmandaten als „viel Stochern im Nebel“.

Stadtrat Schmitz erinnert an Zeiten mit nur zwei Parteien.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger möchte noch mal das Wort an Frau Polte geben.

Frau Polte führt aus, unter örtliche Verhältnisse verstehe man: gewachsene Strukturen, Verteilung der Bevölkerung, die verschiedenen Interessen, Infrastruktur, Einwohnerwillen. Es gebe keinen abschließenden Wertekatalog. Im Prinzip dürfe kein Punkt völlig preisgegeben werden und man könne durchaus zu dem Schluss kommen, dass es so wie bisher richtig und sinnvoll sei.

Bürgermeisterstellvertreter Rehberger fast die 1,5-stündige Diskussion zusammen. Man habe ausführlich diskutiert und Argumente ausgetauscht. Alle Sprecherinnen und Sprecher würden sich für die jetzige Verteilung aussprechen.

9.3: **Beschluss:**

Nach Kenntnisgabe der Stellungnahmen der Ortschaftsräte von Dilsberg, Mückenloch und Waldhilsbach (im Rahmen der Anhörung der Ortschaftsräte) durch die Ortsvorsteher sowie ausgiebiger Diskussion und Abwägung der örtlichen Verhältnisse (insbesondere zu Bevölkerungsentwicklung, Infrastruktur, Vereinsleben, kulturellem und touristischem Angebot, Einwohnerwillen und den gewachsenen Strukturen) sowie der Bevölkerungszahl jeweils in der Kernstadt und den Ortsteilen beschließt der Gemeinderat einstimmig, für die kommende Kommunalwahl die bisherige Verteilung der Sitze im Gemeinderat auf die einzelnen Wohnbezirke wie folgt zu belassen:

- Wohnbezirk Neckargemünd 14 Sitze
- Wohnbezirk Neckargemünd-Dilsberg 4 Sitze
- Wohnbezirk Neckargemünd-Mückenloch 2 Sitze
- Wohnbezirk Neckargemünd-Waldhilsbach 2 Sitze

Der Gemeinderat beschließt weiterhin einstimmig die folgende Änderungssatzung:

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Aufgrund § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i. d. F. vom 24. Juli 2000 (GBl S. 581 ff., berichtigt S. 698), in der derzeit gültigen Fassung, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der

Gemeindeordnung vom 02.12.2020 (GBI S. 1095) hat der Gemeinderat am 27. Juni 2023 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung beschlossen:

Artikel I

Die Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

Nach § 20 wird folgender neuer § 21 angefügt:

§ 21

Die in den Paragraphen 5, 7, 8 und 11 genannten Wertgrenzen verstehen sich jeweils zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Änderungen treten am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Neckargemünd, den 27.06.2023

Frank Volk, Bürgermeister

Hinweise gemäß § 4 Abs. 4 GemO zur Hauptsatzung

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der Gemeindeordnung erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

10: **Vorberatung der 157. Sitzung der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 28.06.2023**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

10.2: **Beratung:**

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 157. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 28.06.2023, 15 Uhr, im Sitzungssaal des Klärwerks Nord, Heidelberg:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung/ Ablehnung
A 1	Verpflichtung neuer Mitglieder (ohne Vorlage)	Kenntnisnahme
A.2	Energie und Wasser für Betrieb - Beschluss nach § 8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe der Stromlieferung für die beiden Klärwerke in Heidelberg ab 01. Januar 2024	Zustimmung
A 3	Flockungsmittel und Betriebschemikalien - Vergabe eines Lieferauftrages für Phosphatfällmittel September 2023 bis August 2024	Zustimmung
A 4	Sanierung des Verbandskanalnetzes - Information über die Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten	Zustimmung
A.5	Instandhaltung der Kläranlage Neckarsteinach -Beschluss nach § 8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe der erforderlichen Aufträge zur Sanierung der Rücklaufschlammleitung	Zustimmung
A.6	Vorläufiger Rechnungsabschluss 2022 - Mündlicher Sachstandsbericht	Kenntnisnahme
A.7	Anteilige Schulden und Vermögen 2022 - Mündlicher Sachstandsbericht	Kenntnisnahme
A.8.	Verschiedenes	

11: **Mitteilungen und Anfragen**

11.1: **Fahrradabstellanlage am Schulzentrum**

Herr Feßenbecker informiert, dass das Ingenieurbüro beauftragt wurde.

11.2: **Landschaftsfotorahmen des Rhein-Neckar-Kreises**

Frau Polte erklärt, der Rhein-Neckar-Kreis habe für den Bauantrag im letzten Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr lediglich Musterbilder gezeigt. Es würden in Neckargemünd aber keine Bilder aus Lobbach sondern Neckargemünder Ansichten aufgestellt werden. Dies hatte im Ausschuss für Unruhe gesorgt.

11.3: **Fraktionsübergreifender Antrag zur besseren Strukturierung der Sitzungen**

Stadtrat Bergsträsser gibt einen von vielen Stadträtinnen und Stadträten unterschriebenen Antrag ab.

11.4: **Griechische Weinstube**

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand.

Laut Bürgermeisterstellvertreter Rehberger habe sich nichts Neues ergeben.

Bürgermeisterstellvertreter
Rehberger

Die Urkundspersonen
Stadträtin Linier

Die Schriftführerin

Stadtrat Schendzielorz